

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Militäraufstand in Spanien.

Belagerungszustand - Grenzsperrung - Siegesmeldungen der Regierung.

Das Verhältnis Spaniens zum Völkerbund wie die Forderung nach Eingliederung des „internationalisierten“ Tangers in die spanische Marokkzone sind plötzlich in den Hintergrund getreten. Schon vor mehreren Tagen war bekannt, daß — angeblich wegen Vorschriften des „Direktoriums“ über Kriegsauszeichnungen und Beförderungen — die Offiziere der Artillerie sich gegen das jetzige Regime auflehnten. Ob die Artillerieoffiziere auch politische, und zwar demokratisch-parlamentarische Ziele haben, ist nicht deutlich geworden, zumal seit den ersten Anzeichen von Unruhen die strengste Nachrichtenzensur, wiederholt und auch jetzt bis zur vollständigen Grenzsperrung gesteigert, herrscht. Auch war das Interesse der zunächst interessierten Pariser Presse zu stark durch die französischen Finanzsorgen und durch Genf so in Anspruch genommen, daß wenig über Spanien erfundet und gemeldet wurde. Immerhin sind Artillerieoffiziere, bei denen nicht die adlige Abstammung, die Reife und die infanteristische Eleganz ausreicht, sondern die allerhand Technisches und Mathematisch-Geometrisches einermäßen verstehen müssen, hinreichend verdächtig, nicht nur um Klemmerladen, und egoistische Avancementsinteressen das ungeheure Risiko eines Aufstandes zu wagen.

Der tiefen Unzufriedenheit des Volkes mit der Diktatur hat die „Rechtspartei“ Primo dadurch Rechnung zu tragen versucht, daß sie eine Volksabstimmungsomödie inszeniert, womit sie nur aller Welt kundtut, daß das Volk nach Demokratie verlangt. Nichtsdestoweniger hat Primo soeben wieder den Parlamentarismus öffentlich verflucht und damit wahr-scheinlich Del ins Feuer gegossen.

Man kann bei der hermetischen Sperre für alle anderen als Regierungsnachrichten nicht klar sehen, wie der Aufstand steht. Immerhin sagt selbst die Regierung, daß die Lage ernst ist.

Folgende Depeschen liegen bis zur Stunde vor:

Paris, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Madrid wird gemeldet, daß die Regierung am Sonntag ein Dekret veröffentlicht hat, das den Belagerungszustand über ganz Spanien samt den Balearen und Kanarischen Inseln verhängt. Wer den Befehlen nicht sofort Folge leistet, wird als „ungehörig im Felde“ behandelt. Ein weiteres Dekret enthebt sämtliche aktiven Artillerieoffiziere mit Ausnahme derjenigen in Marokko ihres Amtes, entzieht ihnen das Gehalt, verbietet ihnen, Uniform zu tragen und befehlt den Soldaten, diese Offiziere nicht mehr zu grüßen und sie zu verhaften, wenn sie die Soldaten zum Ungehörig gegen die Regierung auffordern sollten. An die Stelle der Entbundenen sollen überall die Reserveoffiziere der Artillerie treten. In Valladolid haben sich die Offiziere der Militärakademie empört. Auch in Segovia ist es zu Meutereien gekommen. Daraufhin hat ein Dekret des Diktators die Schüler der Artillerieoffizierschulen sämtlich in Urlaub geschickt.

König Alfonso XIII., der telegraphisch von San Sebastian zurückberufen wurde, ist im Laufe der Nacht in Madrid eingetroffen und hatte sofort eine Besprechung mit Primo de Rivera. Man beschloß, einen außerordentlichen Kabinettsrat einzuberufen, um zu versuchen, die Zwistigkeiten zwischen Primo de Rivera und dem Offizierskorps der Artillerie beizulegen. Der König soll dem Diktator von neuem das Vertrauen ausgesprochen und ihn ermächtigt haben, die Meutereien in der Armee mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Primo de Rivera hat am Sonntag anlässlich des dreißigen Jahrestages seiner Diktatur einen längeren Aufruf erlassen, worin er behauptet, das parlamentarische Regime habe Spanien, wie auch verschiedene Nachbarn an den Rand des Abgrunds gebracht, niemand könne gegenwärtig in Spanien ernstlich daran denken, es wieder einzuführen. Ingegnen (?) sei es angebracht, eine Nationalversammlung einzuberufen, in welcher alle Klassen und Interessen vertreten sein sollen. Für den Fall des Sturzes der gegenwärtigen Regierung müßte der König in der Nationalversammlung die Persönlichkeiten finden, denen er die Nachfolge übertragen könnte. Im übrigen habe das Direktorium die zerrüttete spanische Währung wiederhergestellt, den Marokkorkrieg siegreich beendet und die sozialen Verhältnisse nach jeder Richtung hin verbessert. Er schließt mit der Aufforderung an das spanische Volk, dem Direktorium sein Vertrauen zu erneuern.

Seit Sonntag nachmittag ist jeder Drahtverkehr mit Spanien unterbrochen; ob Reisende herausgelassen werden, ist zweifelhaft. Es heißt, daß Primo de Rivera wahrscheinlich sehr bald durch den spanischen Volkshatler beim Vatikan, General Magez, ersetzt werde, der ziemlich überraschend in Madrid eingetroffen sein soll. Der König, der sich angeblich nunmehr von Primo trennen möchte, hoffe auf diese Weise den Zwist zwischen dem Diktator und einem Teil des Heeres aus der Welt zu schaffen.

Regierungsdarstellung.

Madrid, 6. September. (W.Z.) In einer offiziellen Rundgebung wird auf die sehr ernste Lage hingewiesen, in der sich das Land durch die sich häufenden Fälle von Insubordinationen in der Armee als Folge der Abänderung des königlichen Erlasses vom 6. Juni d. J. über die militärischen Auszeich-

nungen im Kriege befindet. So gab heute der Chef der Artillerieoffizierschule ohne Ermächtigung des Kriegsministers den beurlaubten höheren Artillerieoffizieren den Befehl, sich wieder auf ihren Posten einzufinden. Der Chef des Artillerieregiments in Segovia ordnete ebenfalls ohne Ermächtigung die Bereitschaft der Truppen der Garnison Segovia an, und zwar angeblich als Vorsichtsmaßnahme für etwaige Angriffe durch Madrider Truppen. Auch in der Militärakademie in Valladolid sind Fälle von Insubordination vorgekommen, sowie beim 10. und 12. Regiment und bei einer Artillerieschülergruppe.

Sämtliche höheren Offiziere werden in ihren eigenen Wohnungen in Arrest gehalten.

Während des ganzen Tages hatte der Kriegsminister telephonische Besprechungen mit den Generalkapitänen (Korpskommandeuren). Diese berichteten, daß die Disziplin bei den auswärtigen Artillerietruppen vollkommen aufrechterhalten werde und daß in den verschiedenen Garnisonen eine allmähliche Unterwerfung erfolgte. Die Frage könne als vollkommen gelöst betrachtet werden hinsichtlich der Garnisonen von Andalusien und Katalonien und als auf dem Wege zu sofortiger Lösung begriffen, was die übrigen Garnisonen anbelange. In Segovia, wo die ersten Flammen des Aufstandes gemeldet wurden, ist der normale Zustand wiederhergestellt, nachdem der Militärgouverneur seine Autorität zur Geltung gebracht hatte. Dieser Bloß wurde durch eine Gendarmerieabteilung unter dem Befehl eines Oberleutnants verstärkt. Die Regierung freut sich, der Öffentlichkeit den befriedigenden Stand dieser Angelegenheit, so ernst diese auch ist, mitteilen zu können. Dieses Ergebnis ist ohne Blutvergießen und ohne jede Gewaltanwendung erzielt worden, einzig und allein durch die Disziplin der militärischen Kräfte und dank dem Ansehen der Behörden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Urheber und Anführer dieses schweren Vergehens ganz besonders zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

Wie die amtliche Veröffentlichung dann weiter ausführlich berichtet, versicherte der König Primo de Rivera in der bereits kurz gemeldeten Audienz erneut seines Vertrauens und gab ihm die Ermächtigung, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, wobei er seinem Bedauern darüber Ausdruck verlieh, daß ein Truppenkörper, der auf eine so glänzende Geschichte zurückblicken könne wie die Artillerie, sich in eine so unmögliche Lage gebracht habe, wie die Darlegungen des Ministerpräsidenten sie schilderten. Der Ministerpräsident berichtete dann dem König über die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik und begab sich unmittelbar danach ins Kriegsministerium, um in Anwesenheit aller Minister, mit Ausnahme des Finanzministers, des Arbeitsministers und des Außenministers, die abwesend sind, einen Ministerrat abzuhalten. Noch in der Nacht ließen bei der Regierung zahlreiche Rundgebungen von Körperschaften und von Einzelpersonen, darunter auch zahlreichen Offizieren, ein, in denen sie der Regierung ihre Anhänglichkeit bezeugen und ihre Dienste anbieten.

Die Haltung sämtlicher Truppenkörper, mit Ausnahme der Artillerie.

ebenso aber auch des gesamten Reserveoffizierskorps der Artillerie, ist die der strengsten Disziplin; sie legen den Willen an den Tag, ihre Pflicht zu tun, auch wenn das Verbrechen von ihnen verlangt werden sollte, und bekunden Bedauern darüber, daß die Haltung ihrer Kameraden von der Artillerie scharfes Durchgreifen im Interesse der Wiederherstellung von Ordnung und Disziplin erforderlich gemacht habe. In der Kaserne des Ersten Feldartillerieregiments an den Doos erschien gestern mittag ein vom Generalkapitän beauftragter Generalstabsoffizier mit einer Abteilung Infanterie, der die Räumung und Uebergabe der Kaserne an die durch königliche Verordnung bezeichneten Bevollmächtigten verlangte, was sofort erfolgte, worauf die Neuorganisation der Truppe in Angriff genommen wurde.

Und die Flotte?

London, 6. September. (W.Z.) Nach einer Reuter-Meldung aus Gibraltar besagt ein Bericht aus Cadix, daß die dort liegenden Kriegsschiffe gemeinsame Sache mit den Artilleristen machen, die in ihren Kasernen konzentriert sind. Es heißt, daß in Barcelona die Lage ähnlich ist.

Die Volksabstimmungsomödie.

Madrid, 6. September. (W.Z.) Eine Mitteilung der Regierung erklärt, daß an der Abstimmung für das Direktorium alle Spanier beiderlei Geschlechts vom achtzehnten Lebensjahr an teilnehmen können. Stimmenthaltung (wer sie wagt! Red. d. „V.“) gilt als Ablehnung der Diktatur. Wer für die Regierung ist, hat außerdem das Recht, zu stimmen, ob er für oder gegen die Einberufung einer Nationalversammlung ist.

Unterwerfung in Barcelona?

Paris, 6. September. (W.Z.) Havas meldet aus Barcelona: Die Mannschaften zweier Artilleriekasernen hätten sich geweigert, dem Generalkapitän zu gehorchen und ihre Waffen abzugeben. Die Offiziere weigerten sich ebenfalls, die Kasernen zu verlassen, die daraufhin von Kavallerie und Infanterie eingeschlossen wurden. Ohne daß von der Waffe Gebrauch gemacht wurde, hätten die Offiziere nach einigen Verhandlungen ihre Haltung aufgegeben und sich unterworfen. Im ganzen Gebiet von Barcelona soll Ruhe herrschen.

Silverbergs Echo.

Lebhafter Widerspruch rechts — Vorbehalte auf der Linken.

Das überraschende Bekenntnis des Industriellen Silverberg auf dem Dresdener Industrietag hat, wie nicht anders zu erwarten war, ein lebhaftes Echo in der Presse ausgelöst. Wenn in Dresden, nach offener Verständigung innerhalb des Präsidiums des Reichsverbandes der Industrie, zum erstenmal mit besonderer Betonung die „Staatsbejahung“ der Industriekreise ausgesprochen, also das Bekenntnis zur Republik in feierlicher Form zum Ausdruck gebracht wurde, so bedeutet das sicher einen vollständigen Bruch mit der bisherigen Ueberlieferung. Denn es ist weithin bekannt, daß die Putschverbände aller Art bisher einseitig aus großindustriellen Kreisen gesprochen worden sind. Die Anerkennung der republikanischen Staatsform würde also, wenn anders sie mehr sein soll als ein bloßes Lippenbekenntnis, die förmliche Abjurgation an putschistische und rechtsradikale Bestrebungen bedeuten.

Eine ebenso gründliche Abkehr von jahrzehntelanger Ueberlieferung bietet das Eingeständnis dieses Großindustriellen dar, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie ihre wirtschaftliche und politische Vertretung findet. Die Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis, daß in Zukunft nicht mehr gegen, ja nicht mehr ohne die Arbeiterkraft und ihre politische Partei, die Sozialdemokratie, regiert werden könne, ist zweifellos eine so vollkommene Umwälzung bisheriger Ideologie, daß die peinliche Ueberrassung auf der Rechten ebenso verständlich ist wie die referierte Haltung, die Silverbergs Rede in gewerkschaftlichen und sozialistischen Kreisen findet.

Am wenigsten überrascht freilich der Jörn der Hugenbergleute. Man erinnert sich mehrfacher Äußerungen, die erst vor kurzem der bekannte Großindustrielle Arnold Reaßberg über die Wandlungen in den Anschauungen der westlichen Industriekapitäne gemacht hat. Er sprach dabei ganz offen aus, daß man bei diesen Industriekapitänen bemüht sei, den Einfluß Hugenbergs zu brechen, der von der Industrie selbst künstlich großgezogen war. Hugenberg und seine Presse sehen in dem Vorstoß Silverbergs augenscheinlich einen ersten Anfang nach dieser Richtung. Sie fallen denn auch gebührend über ihn her. In der „vornehmeren“ Ausgabe Hugenbergischer Weisheit, im „Tag“, wird ihm kaltblütig gesagt, er wäre ein Weiser geblieben, wenn er geschwiegen hätte. Man hofft dort, daß Silverberg „doch nur im eigenen Namen“ gesprochen habe und behauptet dann, daß er „über die organisatorische Schichtung in der Arbeiterkraft sich falsche Vorstellungen“ mache und „von Sozialismus hat er, mit Verlaub zu sagen, keine Ahnung“. Um das zu beweisen, behauptet der „Tag“, daß die Sozialdemokraten, als sie sich für die Besitzenteignung einsetzten, sich „auf ihrem tiefsten Stand seit der Revolution“ gezeigt hätten! Schließlich bekommt der „Tag“ auch Sorgen um das Zentrum, dem Herr Silverberg durch seine Erklärungen „seine Rolle nicht erleichtert“ habe.

In dem für die Spielbürger bestimmten „Lokal-Anzeiger“ läßt Hugenberg noch größeres Geschütz aufahren. Dort wird die kühle Betrachtung Silverbergs als „Utopie von Dresden“ bezeichnet und versichert, daß „anders als sonst in Menschenköpfen sich in Silverbergs Kopf die Welt male“. Die „Bombe von Dresden“ erweise sich bei näherem Zusehen als eine Seifenblase, die „alles andere ist als ein Globus, auf dem eine habende und hungernde Menschheit zufrieden und satt werden könnte“. Auch der „Lokal-Anzeiger“ muß pflichtschuldigst Befürchtungen um das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften äußern. Das Zentrum hingegen läßt durch die „Germania“ verkünden, daß es solche Sorgen nicht kenne:

„Es steht im Gegenteil mit Dr. Silverberg und schon etwas länger als Dr. Silverberg auf dem Standpunkt, daß es in hohem Maße wünschenswert ist, nicht ohne die deutschen Arbeiter und daher auch nicht ohne die Sozialdemokratie zu regieren.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht Herrn Silverberg zwar auch sehr reserviert gegenüber, vermeidet aber doch die scharfen Angriffe, die Hugenberg vom Stapel läßt. Nach ihrer Meinung hat Silverberg nur seine eigenen Ansichten wiedergegeben. Sie vermutet einen Zwiespalt in der Auffassung der deutschen Industrie und glaubt, daß schon das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes die Unmöglichkeit nachweisen werde, mit der Sozialdemokratie gemeinsam zu regieren.

Das „Berliner Tageblatt“ erblickt zunächst in Silverbergs Rede das Bekenntnis zur Republik und unterstreicht den Satz, daß „alle ernsthaften und pflichtbewußten Menschen sich auf den Boden des heutigen Staates und der Reichsverfassung gestellt haben. Das demokratische Blatt registriert mit Befriedigung, daß dieser Wandel in der Ansicht der Industriellen vor allem den gesellschaftlichen Boykott beseitigen würde, der hauptsächlich in kleineren Orten bisher gegen jeden Republikaner in der Beamtenschaft wie in der sogenannten „Gesellschaft“ verübt wurde. Es heißt deswegen ironisch die Indu-

striellen in der republikanischen Gemeinschaft „herzlich willkommen!“ und fügt hinzu:

„Alle diese Jahre hindurch haben Unternehmer, auch Mitglieder des Reichsverbandes, die Rassen der Staatsfeinde reich versorgt. Sie haben die Wahlgelder geliefert, haben die Stahlhelme, Wäpfer und Wermölle zum Kampf gegen die Republik ausgetrieben, haben den Sold jener jugendlichen Krieger gestiftet, die das heilige Feuer der Kriegsbegeisterung schürten, und haben das Geld zusammengebracht, mit dem Herr Hugenberg die Zeitungen und den weitverzweigten Meinungsapparat aufkaufte und den Gang der dummen Fische betreibt. Es darf nach der Dresdener Tagung hoffentlich als sicher gelten, daß diese goldene Befruchtung nicht weiter fortgesetzt werden soll.“

Es würde an dem Bilde etwas fehlen, wenn nicht auch das Organ des „Etki“ seinen humoristischen Beitrag lieferte. Bei ihm gibt es keine Probleme und keine Erörterungen, bei ihm wird versichert: „Die Truismagnaten rufen Seevering, Wels, Grafmann und Co. zu Hilfe, damit sie den Ball gegen den revolutionären Anprall befestigen sollen.“

Damit ist für die kommunistische Partei aller erledigt, Blückerweise aber steht die SPD. auf Posten, um, wenn sie ihre eigenen „Agenten der Bourgeoisie“ sämtlich hinausbefördert haben wird, noch lauter als bisher von dem „neuen Anprall der Revolution“ zu fabulieren. Zwar nimmt sie niemand ernst, aber das betrachtet sie als ihren großen einzigen Vorzug.

Die Völkerbundsversammlung.

Eröffnung durch Dr. Benesch.

V. Sch. Genf, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Jahresversammlung des Völkerbundes ist statutenmäßig, am ersten Montag im September, heute eröffnet worden. Da der Bund keinen Alterspräsidenten hat, so war es Aufgabe des Vorsitzenden des Rates, jetzt Benesch, die Begrüßungsrede zu halten. Die Rede des tschechoslowakischen Außenministers hob einleitend die für die Geschichte des Völkerbundes und Europas überhaupt besondere Bedeutung dieser Tagung hervor. Dann legte Benesch einen Tätigkeitsbericht des Völkerbundes im verflohenen Geschäftsjahre vor. In dem Bestreben, eine allgemeine Uebersicht dieser Arbeit zu geben, sprach er mit solcher Gründlichkeit, daß nur die wenigsten zuhörten, zumal in dem überfüllten Saal eine unerträgliche Schwüle herrschte. Erst nach längerer Zeit hörte man wieder auf, als Benesch auf die Bedeutung des Wertes von Locarno hinwies. Zum Schluß erklärte er, daß die Arbeiten der Studienkommission und die Verhandlungen über den bevorstehenden Eintritt Deutschlands durch den Austritt bzw. durch das Fernbleiben anderer Staaten beeinträchtigt wurden. Aber er wolle in dieser Hinsicht noch nicht jede Hoffnung aufgeben.

Nach der mit dem üblichen lebhaften Höflichkeitsbeifall aufgenommenen endlosen Rede Beneschs, die auch in englischer Sprache gedruckt vorlag, wurde glücklicherweise auf die Verlesung der englischen Uebersetzung verzichtet und nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission die erste Sitzung geschlossen.

Am Nachmittag wird die Vollversammlung ihren Vorstand wählen. Die Wahl des tschechoslowakischen Außenministers Rintschitsch zum Präsidenten gilt als gesichert. Das soll offenbar ein Trost dafür sein, daß Südslawien entgegen den bisherigen Abmachungen nicht zum Mitglied des Rates gewählt werden wird, da es auf diesen Posten zugunsten Rumaniens verzichtet muß.

Die Rede von Benesch.

Genf, 6. September. (W.B.) Die Siebente ordentliche Völkerbundsversammlung wurde heute vormittag um 11,15 Uhr vom derzeitigen Ratspräsidenten Benesch mit einer längeren Ansprache eröffnet, in der er zunächst der Meinung Ausdruck gab, daß der diesjährigen Völkerbundsversammlung sowohl in der Geschichte des Völkerbundes, als allgemein für die europäische Politik besondere Bedeutung zukomme. Im Zusammenhang mit der Regelung der Wollfrage sprach er die Hoffnung aus, daß die Türkei als logische Folge dieser Regelung bald in den Völkerbund eintritt.

möge. (Kündigt der „Temps“ schon als ganz sicher an. Red. d. „N.“)

Zur Frage der Abrüstung bemerkte Benesch, daß in den letzten zwei Jahren auf diesem Gebiete weitere Fortschritte gemacht worden seien, die es bald ermöglichen werden, wenigstens einen ersten Anfang in der Abrüstung zu verwirklichen. Es sei außer Zweifel, daß das Problem der Abrüstung in dem jetzigen Zeitpunkt nicht in seiner Gesamtheit gelöst werden könne. Man müsse aber zu einer ersten Etappe und zu einer eventuellen internationalen Vereinbarung über die Beschränkung der Kriegsvorbereitungen gelangen, wenn sie auch noch so bescheiden sein sollte. Jedermann sehe die Bedeutung einer solchen Abmachung ein und begreife, daß nichts seit dem Abschluss des Locarno-Vertrages geeigneter wäre, eine Entspannung in dem internationalen Beziehungen herbeizuführen. Eine gründliche Vorbereitung sei jedoch für die Abrüstungskonferenz notwendiger als für jede andere Konferenz, und die großen Interessen, die dabei im Spiele seien, müßten im voraus im Maße des Möglichen miteinander ausgeglichen werden. Der Mißerfolg einer schlechten Vorbereitung der Abrüstungskonferenz wäre eine Katastrophe. Benesch erwähnte, daß an den Abrüstungs-Unterausschüssen auch Deutschland und die Vereinigten Staaten mitarbeiten. Benesch unterstrich ferner die große Bedeutung der Schiedsverträge, die die Ausöhnung der großen europäischen Nationen herbeiführen und eine lange Periode der Sicherheit und des Friedens gewährleisten sollen. Die Verträge von Locarno, dieses große internationale Ereignis, haben auch für den Völkerbund eine entscheidende Bedeutung, weil sie mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verknüpft sind. Die Verträge von Locarno seien nichts anderes, als eine Anwendung des Völkerbundsstatutes, dessen Bestimmungen sie alle gewissenhaft respektieren. In

Locarno sei das geistreichste Regionalabkommen

geschlossen worden, das man sich denken könne. Es umfasse die ehemals Krieg führenden Staaten und erinnere in nichts an die Bündnisse, wie sie früher abgeschlossen wurden, mit denen nur eine halbe Sicherheit durch das Gleichgewicht gewisser Staaten geschaffen worden sei und die allzu oft eine offensive Spitze enthielten. Zwischen den Signaturstaaten von Locarno werden von jetzt ab eine ganze Reihe von friedlichen Verfahren durch Schlichtungsausschüsse, Schiedsverträge unter Einbeziehung des internationalen Gerichtshofes und des Völkerbundsrotes bestehen. Darüber hinaus könne man aber bereits sagen, daß in aller Welt die Völkerbundsstaaten im Begriffe seien, unter sich ein weitverzweigtes neues politisches System aufzustellen, das auf den Grundsätzen Schlichtung und Schiedsverfahren aufgebaut ist. Diese Entwicklung könne nicht genügend unterstrichen werden. Er wisse wohl, daß in diesem System noch nicht alles vollkommen sei, daß es noch Lücken aufweise und daß sich darin noch Mängel zeigen können; wenn man aber berücksichtige, daß durch die Anrufung des Völkerbundsrotes die beste Garantie geboten werde, die es auf politischem Gebiet geben könne, so habe man

das vollkommenste System

vor sich, das bis zum heutigen Tag für die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten ermittelt wurde.

Sie pfeifen auf die Verfassung.

Bekennnis des Ersah-Stahlhelm.

Im „Arminius“, dem Ersah für den verbotenen „Stahlhelm“, bemüht man sich, nach Möglichkeit nicht hinter der Beschimpfung der Verfassung durch den „Stahlhelm“ zurückzubleiben. In Nr. 33 heißt man:

„Wir pfeifen auf eine staatliche Ordnung, wenn sie weiter nichts ist wie die legalisierte Auflösung des Staates. Und wir pfeifen ebenso auf eine „rechtlich einwandfrei zustande gekommene Verfassung“, wenn die Nation selbst nicht mehr „in Verfassung“ ist. Wir suchen hinter der Verfassung eines Volkes keine Paragraphenammlung, sondern seinen nationalen Zustand. Und wenn der nichts taugt, dann taugt auch keine Verfassung nichts! Darum sind wir, wir stehen es, Gegner der „Ruhe und Ordnung“. Weil beides eine Vorprägung falscher Tatsachen ist, dazu bestimmt, die

Kaiserliches stört in der Dichtung: Klabunds Vorliebe für brillierende Wortspiele, in denen er diesmal nicht glücklich gewesen ist.

Der lärmende Publikumsersfolg wird nicht von Dauer sein. Man belächelt die große Schau, den Aufwand an Mitteln und Darstellern. Aber bald wird sich zeigen, daß das große, nach Theater sehende Thema nicht ausgeschöpft ist, sondern nur einen äußerlichen Tatlagenablauf des Kampfes zwischen zwei feindlichen Männern zeichnet. Mehr als drei Duzend Einzeldarsteller sind in der Komödie beizugehen. Es ist unmöglich, sie alle zu werten. Erwähnt sei nur, daß Eugen Klopfer wieder Gelegenheit hatte, sich traspoll auf der Bühne auszulieben. Leider gab er sich schon von Anfang an zu sehr aus, um dramatische Höhepunkte erzielen zu können. Alexander Granach, Karl Etlinger, Walter Frank und Sibylle Binder ernteten mit Recht neben Klopfer den stürmischen Applaus, der kein Ende nehmen wollte.

Ernst Degner.

Weibliche Schwimmkunst.

Die Bezwingung des Kanals durch zwei Frauen ist ein Ereignis, das das weibliche Geschlecht mit einem Schloge in der Schwimmkunst den Männern als ebenbürtig erwiesen hat, und wenn auch jetzt der Deutsche Biertrinker durch seinen Rekord die Ehre des männlichen Geschlechts gerettet hat, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die moderne Frau als Schwimmerin „ihren Mann stellt“. Jeder, der die Schwimmbäder der Großstädte oder die Badeorte der Nord- und Ostsee besucht hat, wird beobachtet haben, wie sehr sich die Wasserigen herbeizurufen und wie sie den Männern im Schwimmen, Springen und Tauchen nichts nachgeben. Es sind fast durchweg jüngere Frauen, die dem Schwimmsport so eifrig huldigen. Die ältere Generation macht sich nur wenig bemerkbar, ein Zeichen dafür, daß das Schwimmen zu den jüngsten Errungenschaften des weiblichen Geschlechts gehört. Zwar gab es schon immer gute Schwimmerinnen, aber sie waren Ausnahmen. Gewöhnlich begnügte sich die Dame am Strande damit, in einem eleganten Badekostüm zu promenieren und höchstens etwas im seichten Wasser herumzuspielen.

Man kann unter den weiblichen Schwimmerinnen eine größere Anzahl von wirklichen Meisterinnen beobachten als unter den männlichen, und zwar sind es gerade die Töchter der Großstädte, die Vorzüglichen in der Kunst des Schwimmens leisten. Das kommt daher, daß die Mädchen jetzt in der überwiegenden Mehrzahl das Schwimmen von Grund auf lernen und es sich nicht nur durch eigene Versuche aneignen suchen. Das Schwimmen ist nämlich eine Kunst, die wie jede andere gelernt sein will, und wer keine richtige Ausbildung gehabt hat, wird diesen Wangel stets in der Art der Stöße zur Schau tragen. Die moderne Schwimmerin glänzt in jenen kraftvollen Oberarmbewegungen, mit denen der gute Schwimmer aus dem Wasser herausfährt und dadurch sehr viel schneller und eleganter vorwärts kommt. Die Frauen übertreffen die Männer nicht nur an Eleganz des Schwimmens, sondern auch in der Exaktheit der Sprungleistungen und in der Schönheit des Tauchens. Sie haben auch mehr Ausdauer als die Männer, und so hat die Frau im Schwimmsport schon bedeutende Erfolge erzielt.

Agonie dieses Staates der liberalen Bürgerlichkeit künstlich zu verlängern.

Wir fürchten, vor lauter „staatlicher Ordnung“ werden wir bald überhaupt keinen Staat mehr haben.“

Man muß diese Erzeugnisse niedriger hängen, damit die Deffenlichkeit sieht, was Weites Kinder die Stahlhelmlaute sind.

Der Kurs der Volkspartei.

Sitzung der preussischen Landtagsfraktion der Volkspartei

Sigmaringen, 6. September. (W.B.) Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt hier ihre Ferienitzung ab, zu der auch die süddeutschen Fraktionen der Partei Vertreter entsandt hatten. Vorsitzender Abg. Dr. v. Camp und der Abg. Dr. Leidig erstatteten den politischen Bericht. Die rege Aussprache ergab die völlige Zustimmung der Fraktion zu den politischen Beschlüssen des Parteivorstandes und des Reichsausschusses. Insbesondere wurde betont, daß die Landtagsfraktion geschlossen zu der Außenpolitik des Parteiführers Dr. Stresemann stehe. Begrüßt wurde die Einberufung einer Konferenz aller Landtagsfraktionen des Reichs, die am 30. September in Köln stattfinden wird. Dabei sollen die Fragen der Staatsverwaltung und des Finanzausgleichs behandelt werden.

Jugendkundgebung am Rhein.

Westdeutscher Jugendtag der SAJ.

Köln, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Unter sehr starker Beteiligung trat die Sozialistische Arbeiterjugend des Rheinlandes und des westlichen Westfalens in Köln am Sonnabend und Sonntag zum ersten Westdeutschen Arbeiterjugendtag zusammen. Eingeleitet wurde der Jugendtag mit der großzügigen Veranstaltung in der Festhalle der Kölner Messe, in der Reichstagsabgeordneter Schreä-Bielefeld die Festworte sprach. Das künstlerisch sehr hochstehende Programm brachte u. a. die Uraufführung von Erich Grißars Sprechchor „Opferung“ unter Leitung des Genossen Redakteur Ziegler-Gelsenkirchen. Nach Beendigung der Festveranstaltungen formierten sich die Massen zu einem imposanten Fackelzug durch die Straßen Kölns. Rund 8000 Jugendliche nahmen an dieser Demonstration teil. Auf dem Kölner Alten Markt, der die Massen nur zum Teil fassen konnte, würdigte Reichstagsabgeordneter Reichmann-Köln in einer kurzen Schlussansprache die Bedeutung dieses ersten Westdeutschen Arbeiterjugendtags. Am Sonntag veranlagte sich die Jugend, nachdem vormittags Führungen durch die Stadt erfolgt waren, nachmittags zu fröhlichen Jugendspielen auf den Wiesen im Rheinpark.

Das proletarische Australien.

Ein Antistreitgesetz vom Volk abgelehnt.

Während der Präsident der australischen Bundesregierung Bruce auf der Fahrt zur allbritischen Reichskonferenz in London ist — und die Einladung Mussolinis an ihn zu einem Besuch dieses Staates schon einen Schluß darauf gestattet, weß Geistes Kind dieser Herr zu sein scheint —, hat das australische Volk über eine Regierungsvorlage entschieden, die der Bundesregierung maßgebenden Einfluß auf die Regelung von Fragen der Industrie und des Handels geben und sie ermächtigen soll, wichtige öffentliche Dienstzweige im Falle einer Bedrohung oder Unterbrechung durch industrielle Streiks in Gang zu halten.

Bei dieser Volksabstimmung sind von insgesamt 4 500 056 Stimmen, soweit bisher bekannt, 2 715 000 Stimmen gegen die Absicht der Regierung. Die genaue Zahl der Nein-Stimmen steht noch nicht fest, kann sich aber nur erhöhen, so daß Bruce eine Niederlage erleidet.

Neuer Angriff auf Damaskus. Die Stadt Damaskus ist Sonntag früh von 500 Luftkämpfern angegriffen worden, die in die Stadt eindringen, aber nach zweistündigem Kampf daraus verdrängt wurden. Nach in Aleppo einlaufenden Nachrichten wurden dabei 41 Personen getötet, darunter 3 französische Soldaten und einige Bewohner der Stadt.

Phantastische Historie im Drama.

Seitdem die farbenprächtige Revue siegreich über die Bühnen zieht, beginnt das Nistroun zu schwinden, das sich seit drei Jahrzehnten bei Dichter und Zuschauer gegen das historische Drama entwickelt hat. Auch der Lyriker Klabund, dessen chinesisches Märchenpiel „Der Kreidetriss“ seinen Ruf als Dramatiker weit über die Lande erstreckt, ist von der Lust gepackt worden, Geschehnissen der Weltgeschichte in bunten Bildern neues Leben zu schenken. Er ist nicht der erste, der den englischen Nationalhelden und Revolutionär Cromwell in den Mittelpunkt einer Komödie gestellt hat. Sein Schauspiel „Oliver Cromwell“, das am Sonnabend das Lessingtheater herausbrachte, ist kein trodenes Geschichts-drama, sondern ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Gegenwart.

In der Geschichte ist Cromwell ein fanatischer Puritaner und traspbewusster Befechter parlamentarischer Rechte, der die Macht des entschlossenen Königs Karl Schritt für Schritt einschränkt, bis aus dem Königreich eine Republik wird und Karl V. auf dem Schaffot endet. Bei Klabund wächst aus dem in Krieg und Iron getretenen Bauern Cromwell plötzlich ein religiöser Empörer, ein Erzengel Michael, der im Namen Gottes den Wüstling Karl zerschmettert. Das Drama ist in großem Wurf angelegt. Manche von den 24 Bildern atmen Shakespeareschen Geist. Es gibt Karren da und Finsternisse und nächtliche Reuepläne. Klabund malt mit ursprünglicher Freude am Theatralischen, Bildhaften, ganz auf Schau Gestellten. Bewußt und absichtlich gestaltet er Bösewichter und Heilige, um dramatische Effekte hinzuknallen. Und er versucht uns die Ereignisse verunkelter Jahrhunderte dadurch näher zu bringen, daß er tausend Anspielungen auf das Heute und auf das prinovoll im Gedächtnis haftende Gestern bringt. Vom Durchhalten ist die Rede und von den Franzosen und den Juden, die an allem schuld sind. Die Lust, historische Geschehnisse mit der Gegenwart in Beziehung zu setzen, ist verständlich. Ein tiefempfindender, an seine ethische Sendung glaubender Dichter wie Klabund leidet unter der Erfahrung, daß nirgendwo und nirgendmann die Absicht besteht, aus der Geschichte zu lernen, sondern überall die Sehnsucht lebt, die alten Fehler von neuem zu machen. Aber Klabund gelingt es nicht, wie Bernard Shaw, die Historie lebendig zu gestalten. Wenn er Geschichte nach unseren Bedürfnissen umbiegt, so wirkt er absichtlich und unwahrheitsgemäß. Und die Schlussapothose, wie Cromwell, die Bibel im Arm, unter den dröhnenden Klängen des Kampfliedes „Und wenn die Welt voll Teufel war“ das Bekenntnis zur Republik ins Parkett schmettert, ist nahezu peinlich, weil man die Absicht zu deutlich mittelt und dabei nicht einmal rechtes Vertrauen zu solcher Auffassung vom republikanischen Wesen hat. Diese Art der Republik reicht nach Roder und Unbildsamkeit, ist freudlos und verlogen. Bergessen wir nicht: Cromwells Soldaten haben nach entsetzlichem Gemetzel im Lager gefessen und Pfalmen gesungen. Auch etwas

Der Renn-Rekordjimmell, der unlängst der „ersten Reichsfahrt-Etappe“ bei Hulum wieder einmal einige Todesopfer verursacht hat, beginnt in neuester Zeit nahezu gemeingefährliche Dimensionen anzunehmen. Nun hat die Firma Opel in den letzten Tagen durch große Inserate in der Tagespresse bekanntgegeben, daß sie in Zukunft an keinem Automobilen mehr teilnehmen werde. Der Autorennsport hat seinen Sinn vollkommen verloren; denn selbst den kleinsten Wagen seien bereits Geschwindigkeiten von 130 und mehr Kilometern eigen; dieses Renntempo sei jedoch für den eigentlichen Gebrauchswert eines Automobils bedeutungslos. Einer Fabrik, die dem praktischen Verkehr etwas bieten wolle, könne es durchaus gleichgültig sein, ob ihr Fabrikat eine bestimmte Rennstrecke um eine Fünftel-Sekunde schneller oder langsamer zurücklege. Herr Opel betitelt das moderne Autorennen mit den bitteren Worten „Schau-stück, Artistenfuntstück, Zirkus“, ein Urteil, das übrigens vor ihm bereits Ritter Ford ausgesprochen hat, wie jeder andere vernünftige Mensch! Nur wird der Rennunfug kaum ein anderes Gesicht bekommen, wenn ein Autofabrikant vernünftig wird.

Was man heute für Sklaven zahlt. Die Sklavenbefreiung in dem indischen Staat Nepal, die vor einiger Zeit von dem tatkräftigen Premierminister des Landes, Sir Chandra Shumshere Jung, angekündigt wurde, ist jetzt durchgeführt worden. Es wurden im ganzen 57 889 Sklaven befreit, so daß die letzten Spuren der Sklaverei aus dem Lande verschwunden sind. Ein Teil der über 15 000 Sklavenhalter erklärte sich zur freiwilligen Entlassung bereit, und so wurden 4651 Sklaven ohne jedes Entgelt freigelassen. Andere Sklaven zahlten selbst ihr Kaufgeld. Die meisten aber mußten auf Regierungskosten losgelassen werden, und zwar wurde die staatliche Summe von 3 670 000 Rupien dafür verwendet. Die Preise, die gezahlt wurden, beliefen sich — der Wert der Rupie ist etwas über 3 R. — auf 20 Rupien für ein Mädchen und auf 15 Rupien für einen Knaben unter drei Jahren. Für Frauen im Alter von 13 bis 40 Jahren wurden 100 Rupien gezahlt, für Männer desselben Alters 45 Rupien. Die Preise bei den über Bierzigjährigen betrugen 50 Rupien für Frauen unter 60 Jahren und 30 Rupien für Männer dieses Alters; 41 Rupien wurden für jede Frau und 31 Rupien für jeden Mann über 60 Jahre gegeben. Den freigelassenen Sklaven sind Landstrecken zur Ackerbestellung zur Verfügung gestellt, und sie werden auch mit anderen Arbeiten beschäftigt.

Der „Schneider Wibbel“ hat es in Berlin zu ungeahnten Erfolgen gebracht (wonach es bei der Berliner Erstaufführung nicht gerade aussah). Er hat das Theater gewechselt, aber überall seine Heiterkeit mit herübergenommen. Jetzt beglückt er das „Theater in der Klosterstraße“. Paul Hendels und Theo Grob-zinsky hoben ihn auch hier aus der Taufe und zeigten sich frisch wie am ersten Tage, obwohl der unermüdete Paul jetzt seinen Schneider bereits zum 500. Male spielte. Das Publikum nahm die fröhliche Gabe mit größter Dankbarkeit auf.

Die große Berliner Kunstausstellung, deren Schluß zum 31. August vorgelesen war, wird bis Ende September verlängert. Es ist das eine Folge des Beschlusses, die Kunstschau auf das nächste Frühjahr zu verlegen.

Unsinntiges.

Die erfundene Gehler-Rede und die „Tägliche Rundschau“

Jeder Unstinn findet sein Publikum. Die Nachricht der Hugenbergpresse, daß der Reichswehrminister in Königsberg in einer Rede gesagt habe, daß gegenwärtig die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Staat und seine Verfassung am schärfsten führe, war eine Erfindung — aber sie findet begeisterte Zustimmung in der „Täglichen Rundschau“. Die schreibt dazu:

„Das sozialdemokratische Blatt ist entrüstet darüber und behauptet, daß die dem Minister in den Mund gelegten Worte das Gegenteil der Wahrheit seien. Wir wissen nicht, ob sich Dr. Gehler wirklich so ausgedrückt hat. Wenn er es getan hat, so hat er durchaus recht gehabt.“

Nun hat uns der Reichswehrminister mitgeteilt, es sei ihm garnicht eingefallen, eine derart unsinnige Bemerkung, wie ihm unterstellt werde, getan zu haben. Was Herr Dr. Gehler für Unstinn ansieht, nimmt die „Tägliche Rundschau“ für Wahrheit.

Man sagt, die „Tägliche Rundschau“ sei zu 30 Proz. deutschsozialistisch, zu 70 Prozent deutschnational. Uns scheint, dieser Unstinn der „Täglichen Rundschau“ ist hundertprozentig deutschnational.

„König“ Rupprecht.

Erst Aufwartung beim Präsidenten der Republik — dann Speise gegen die Republik.

München, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach seinem Besuch bei Hindenburg am Sonnabend nahm Rupprecht von Wittelsbach am Sonntag an einem ihm zu Ehren veranstalteten weißblauen Tag in Rosenheim teil, zu dem Krieger- und Schützenvereine sowie Gefellen- und Jungfrauenkongregationen aus ganz Südbayern aufgebeten waren. Trotdem bestand der Festzug nur aus knapp 1600 Teilnehmern, selbst unter Einschluss mehrerer Schützenvereinigungen. Der Tag wurde ausgefüllt mit Feldmesse, Parade und öffentlichen Versammlungen. Der Monarchist Dr. Hartmann aus Regensburg forderte in seiner Festrede „Seine königliche Hoheit“ auf, zu geeigneter Zeit die Fäden des Staates wieder in die Hand zu nehmen. Im Verlauf seiner Rede erging er sich in Verleumdungen der Republik, indem er alle Uebel der letzten Jahre, mit Einschluss der Eisenbahnunfälle, auf das Konto der Weimarer Verfassung schied.

Fluchtversuch Schröders.

Sieht so ein Mörder aus?

Magdeburg, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Der durch den Magdeburger Justizskandal bekanntgewordene Raubmörder Schröder unternahm am Sonntag gemeinsam mit dem wegen Ermordung einer Frau bei Burg festgehaltenen Führer einen Fluchtversuch. Beide wurden zu Beginn der morgigen Freistunden als erste auf den Gefängnishof geführt und überflogen, als sie bemerkten, daß sie mit dem Wachtposten allein waren, diesen sofort. Während Fuhrer den Posten festhielt, entriß ihm Schröder den Karabiner und schlug ihn damit über den Kopf, so daß der Posten das Bewußtsein verlor. Dann liefen beide in das Förstnerhäuschen, das zufällig leer war, und versuchten, den Schlüssel zum Tor zu finden. Beim Versuch, das Tor zu öffnen, wurden sie wieder gefaßt und in die Zellen geführt.

Eine schwere Entscheidung.

Vom Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik wird uns mitgeteilt:

Das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik, Berlin NW. 87, hat am 19. Mai dieses Jahres dem Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung, dem Oberpräsidium Berlin und dem Wohlfahrtsministerium einen von Vertretern der Spitzengemeinschaften aller Richtungen, der Kleingärtner, der Kriegsbekämpften, der Mieter und sonstigen boden-, siedlungs- und wohnungspolitisch interessierten Organisationen einstimmig gefaßten Beschluß zugestellt, worin vom Magistrat bzw. von der Stadtverordnetenversammlung Berlin gefordert wurde, eine Ortsatzung zu erlassen, durch welche die Gründung von Kleinhausneubauten, insbesondere Reichsheimstätten, unhemmt und von weniger bemittelten Bauunternehmern (Siedlungsgenossenschaften usw.) erleichtert würde, indem, um die Anliegerbeiträge zu vermindern, Kleinwohnungsstraßen möglichst einfach angelegt und die verminderten Anliegerbeiträge unter entgegenkommenden Tilgungsbedingungen gestundet, ja, unter gewissen Bedingungen niedergeschlagen werden, und die Kanalisationskosten durch eine für den Kleinhausbau erträgliche Staffelfung gegenüber dem heutigen schematischen Verfahren erleichtert werden.

Das sind Forderungen, die für alle Kleinhausbauten von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung sind, da die heute erhobenen Anliegerbeiträge und Kanalisationskostenbeiträge den Kleinhausbau teilweise völlig brachlegen. Die allgemeine wohnungspolitische Bedeutung dieser Forderungen liegt auf der flachen Hand.

Man wird nicht behaupten können, daß die Wohnungsfrage in Berlin nicht brennend wäre. Aber man scheint sowohl beim Oberpräsidium der Provinz Brandenburg und von Berlin als auch beim Magistrat dennoch zu glauben, daß die Frage keinen dringlichen Charakter habe, auch nicht, wenn fast die gesamten Organisationen der Arbeitnehmer und Wohnungskonsumenten in einstimmig gefaßtem Beschluß bestimmte Forderungen dazu gestellt haben. Auf die am 19. Mai dieses Jahres der Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat, dem Oberpräsidium, dem Wohlfahrtsministerium zugestellte Eingabe des Aktionskomitees, hinter der Millionen Arbeitnehmer stehen, hat man sich zunächst überhaupt nicht gerührt. Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung vom 1. Juni von der Eingabe nur dadurch Kenntnis erhalten, daß ihr diese geschäftsordnungsmäßig als eingegangen mitgeteilt wurde.

Ergänzlich sind die Bescheide des Oberpräsidenten und des Magistrats. Der Oberpräsident nämlich teilt am 20. August (!) mit, daß der Antrag dem Magistrat Berlin zur Stellungnahme zugestellt worden ist. Die Äußerung des Magistrats steht noch aus. Der Magistrat Berlin aber schreibt am 1. September (!): Auf Ihre Eingabe vom 19. Mai 1926 haben wir dem Herrn Oberpräsidenten berichtet. Wir bitten zunächst, die Entscheidung des Herrn Oberpräsidenten abzuwarten, da wir dieser nicht vorgreifen können. Richtig: Der Oberpräsident wartet auf die Äußerung des Magistrats und der Magistrat wartet auf die Äußerung des Oberpräsidenten. Was die Massen, die hinter dem Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik stehen, dieses niedliche Spiel noch lange mitansehen? Der Antrag ist nunmehr erneut an die Städtische Zentraldeputation für Siedlungs- und Wohnungswesen gerichtet worden.

Großflugtag in Tempelhof.

Das schöne Späthommerwetter war auch der letzten großen Veranstaltung hold, die im Rahmen der Berliner Turn- und Sportwoche gestern nachmittag als Großflugtag auf dem Zentralfeldflugplatz Berlin-Tempelhof zur Abwicklung gelangte. Wenn auch schon mit einem Massenbesuch gerechnet werden konnte, so übertraf doch die gewaltige Beteiligung alles bisher dagewesene. Schon lange vor dem programmäßig festgesetzten Beginn waren die Tribünenplätze besetzt. Zehntausende strömten aber noch aus allen Richtungen herbei. Verkehrsbehälter in endloser Zahl brachten Schaulustige heran. Das große Feld war von Zaungästen dicht umlagert und auf dem nichtabgegrenzten Teil vor dem Flugplatz hatten sich schätzungsweise 60 000 bis 70 000 Menschen eingefunden, ein schier unüberschaubares Heerlager.

Um 143 Uhr nahm die Veranstaltung dann ihren Anfang. Nach einem Abflug von etwa 3000 Brieftauben erhoben sich die beiden Freiballone „Zeppelin“ und „Leipziger Kette“ in die Lüfte, die von etwa dreißig Automobilen des Berliner Automobilklubs verfolgt wurden. Diese Ballonverfolgung war übrigens ein Jubiläum der Luftschiffahrt: genau vor zwanzig Jahren fand von Tegel aus die erste Ballonverfolgung in Deutschland statt. Dann nahm der eigentliche fliegerische Teil seinen Anfang. Gruppensiegen der Deutschen Verkehrsflieger-Schule und der Flugportschule Staaken, Ballonjagden und Kunstflüge, bei denen sich neben den bekannten deutschen Sportfliegern Udet, Bäumler, v. Hippel, Böß und die deutsche Sport- und Leopoldfliegerin Thea Rasche in der hohen Schule des Fliegens auszeichneten, wechselten in interessanter Folge miteinander ab. Aus einer Dornier-Kometmaschine wurde aus beträchtlicher Höhe ein Absprung von vier Fallschirmfliegern, darunter des Ehepaars Triebner, ausgeführt. In allen Fällen öffneten sich die Schirme kurz nach dem Absprung und die tüchernen Luftsegler landeten wohlbehalten unter dem Beifall des Publikums auf der Erde. Dann wurde zur Böß-Staffel gestartet. Vier Fahrer, vier Reiter, vier Motorradfahrer und vier Flugzeuge beteiligten sich an der Staffel,

aus der ein Motorradfahrer wegen Sturzes ausscheiden mußte. Infolgedessen konnten nur drei Flugzeuge die Staffel zu Ende führen. Nach der Landung mußten die Begleiter den Staffelstab dem vor den Tribünen stehenden Oberbürgermeister überbringen. Dem Sieger wurde eine goldene Plakette überreicht. Im Hauptinteresse der Veranstaltung stand die Vorführung des „Autogiro“ des Spaniers de la Cierba, der von dem bekannten englischen Piloten Courtney geflogen wurde. Die Fähigkeit dieser Maschine, die durch ihre windmühlenartigen Schraubenflügel von jedem bisher gebräuchlichen Flugzeugtyp stark unterscheidet, senkrecht zu landen, erregte allgemeine Bewunderung. Das nach Berlin gebrachte Modell ist als Zweiflügel gebaut. Die kleinen Hilfsflächen (die Tragflächen bilden ja die Windmühlenflügel über dem Rumpf) sind direkt mit dem Rumpf verbunden. Der „Autogiro“ wird von einem 130-PS-Motor getrieben. Der englische Pilot Courtney, der diesen Konstruktionsversuch eines neuen für die Weiterentwicklung des Flugwesens vielleicht außerordentlich bedeutungsvollen Luftfahrzeuges in allen Fluglagen glänzend meisterte, ist übrigens der erste ausländische Flieger, der nach dem Kriege an einem deutschen Flugmeeting teilnahm. Am übrigen nahm die wohlgeleitene und außerordentlich reichhaltige Veranstaltung einen glänzenden Verlauf. Ihren Zweck als Werbeeranstaltung dürfte sie in jeder Beziehung erfüllt haben.

Der Abmarsch und Rückzug der Zweihunderttausend, eine Zahl, die nicht zu hoch gegriffen sein wird, vollzog sich weniger harmonisch und reibungslos als der Abmarsch. Auf Straßenbahnen, Autobussen und Kraftdroschken setzte ein gewaltiger Ansturm ein. Die zahlreichen Verkehrsbeamten, die schon während des Nachmittags mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, wurden noch einmal auf eine harte Probe gestellt. Schließlich lenkte sich der Abend wieder und der riesige Flugplatz, auf dem noch Stunden zuvor den kühnen Flügen waghalsiger Piloten große Menschenmengen zusahen, lag verlassen da. Die Felder und Wiesen aber waren von einer Papierflut überdeckt. Das letzte Zeichen des großen Tages.

Riesenbetrug an der Eisenbahn.

Ein dreiköpfiges Gaunerkonfession.

Ein Berliner, ein rumänischer Kaufmann und ein litauischer Gütervorsteher hatten sich zusammengesetzt, um sich auf Kosten der deutschen Reichseisenbahnverwaltung „gesund zu machen“. Durch ihr gutes Handhabungsarbeiten ist es ihnen gelungen, die Eisenbahnverwaltung um nicht weniger als 400 000 Mark zu betrügen.

Unter der Deckadresse einer großen amerikanischen Maschinenfabrik sandten sie von Berlin über Tilsit nach Memel Maschinenteile und elektrische Bedarfsartikel. Den Weg von Berlin nach Tilsit legten die Sachen als gewöhnliches Frachtgut zurück. Dort erschien dann auf der Güterabfertigung der Berliner Kaufmann und veranlaßte, daß das Frachtgut als Eisenbahnverpackung weiterbefördert werden sollte. Die Behandlung einer Nachnahme geschieht bei der Eisenbahn in ähnlicher Weise wie bei der Post, d. h. die Ware wird dem Empfänger erst ausgehändigt, wenn er den Betrag bezahlt hat. Durch Telegramm wird die Abgangsstation von der Bezahlung benachrichtigt und befriedigt nun ihrerseits den Absender. Die direkte Verrechnung unter den beiden Stationen erfolgte zusammen mit der allgemeinen Abrechnung. Darüber vergingen jedesmal einige Wochen. Das Fehlen der Geldposten in der Memeler Abrechnung fiel endlich in Tilsit auf, eine Nachprüfung brachte den großen Schwindel ans Licht. Der Berliner Kaufmann, ein 43 Jahre alter Wily Krotoschiner, hatte sich mit einem 37 Jahre alten Rumänen namens Ernest Chelstein verbündet und als dritten im Bunde den litauischen Gütervorsteher in Memel, Rudas, gewonnen. Krotoschiner und Chelstein stellten obendrein in Berlin die Warenabfertigung zusammen, übernahmen den Versand bis Tilsit und veranlaßten dort die Weiterbeförderung als Nachnahme. Nun trat Rudas in Tätigkeit. Er telegraphierte auf dem Dienstwege nach Tilsit, daß der Empfänger das Geld hinterlegt habe und daß der Auszahlung an den Absender nichts mehr im Wege stünde. Durch geschickte Fälschungen in den Abrechnungen verstand er es, die Entdeckung des Betruges hinauszuschieben. Als der Schwindel ans Licht kam und die Betrüger festgenommen werden sollten, waren sie verschwunden. Die geschädigte Eisenbahnverwaltung kann sich nicht einmal an den Waren schadlos halten, denn Rudas hat die Belegenheit benutzt, um sie für eigene Rechnung über Rewal teils nach Polen, teils nach Rußland zu verschleppen.

Selbstmord nach einem Flugzeugabsturz.

Gestern nachmittag verlor der 21jährige Motorflieger Wolfgang Thielbeer in der Fliegerschule Staaken mit einem Flugzeug ohne Zulassung einen Flug. Hierbei überschlug sich das Flugzeug und wurde teilweise zertrümmert. Der Führer wurde dabei nicht verletzt. Danach fiel Thielbeer etwa 150 Meter nördlich der Flughalle Mark in die Halle der DVS und schoß sich mit einem Trommelrevolver eine Kugel in den Kopf. Der herbeigerufene Arzt stellte den Tod fest. Die Leiche wurde in das Leichenschauhaus gebracht.

Unter den Rädern des Fernzuges. Auf den Bahngleisen der Anhalter Bahn verübte heute morgen zwischen 5 und 6 Uhr der 16jährige Schüler Wolfgang Jaffe aus der Sedanstraße 18 zu Steglitz Selbstmord. Nach einem vorangegangenen Streit mit seinem Vater entfernte sich der junge Mann aus der elterlichen Wohnung und warf sich in der Höhe der Bruchwitzstraße in Panik vor den herandräuenden Fernzug. Dem jugendlichen Selbstmörder wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt, er war auf der Stelle tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Lantwiger Gemeindefriedhof gebracht.

Reichsbannertag in Templin.

Zur Weihe ihres Banners veranstaltete das Templiner Reichsbanner gestern auf dem Marktplatz in Templin eine große Kundgebung. Die Kameradschaften Kreuzberg, Tiergarten und Neudän des Berliner Reichsbanners waren mit Lastautos in fünf Stunden nach Templin gefahren, um die dortigen Kameraden zu unterstützen. In Templin selbst ist das Reichsbanner noch sehr schwach. Unter dem Druck der Landjunker und der reaktionären Arbeitgeber wogen es nur wenige, sich offen zur Republik zu bekennen. An der Kundgebung selbst beteiligte sich die Templiner Bevölkerung recht zahlreich. Nach der Weihe des Banners durch den Gauvorsitzenden Fritz Koch, unternahm das Reichsbanner noch einen Werbezug durch die Stadt. Der rechtzeitig eingeladene Bürgermeister beteiligte sich an der Veranstaltung — allerdings nur hinter der Gardine seines Fensters.

In Templin sind in der letzten Zeit merkwürdige Gestalten aufgetaucht. Sie tragen schwarze Heenden, auf schwarzer Strawatte einen Totenkopf und auf der Hüfte ein „W“. Zweimal in der Woche werden Nachtrübungen abgehalten, sehr oft sogar zu Pferde. Auf den umliegenden Gütern sind diese Leute stationiert. Ihr Lebensmittelpunkt ist Bergesdorf. Es wäre an der Zeit, einmal festzustellen, was für eine Organisation das ist und welcher Art die Nachtrübungen sind, die jede Woche veranstaltet werden.

Gefallenen-Gedenkfeier.

Am letzten Sonntag veranstaltete der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mit der Chemra-Radisha und jüdischen jüdischen Organisationen unter zahlreicher Beteiligung studentischer Verbindungen in

Weißensee eine Trauerfeier für die Gefallenen, die in den von Deutschland abgetretenen Gebieten begraben liegen. Für die Chemra-Radisha sprach Rabbinder Dr. Link, für den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten Justizrat Chodziesner. Außer den zahlreichen offiziellen Vertretern der jüdischen Gemeinde und anderen Organisationen war die Reichswehr durch Major v. Redow, die Marine durch Kapitän Matzows, der Magistrat Berlin durch Stadtrat Reimann, das Polizeipräsidium durch Regierungsrat Dr. Kayser vertreten. Chorgelesen leitete die Feier ein. An der Feier nahmen etwa 15 000 Personen teil. Anschließend fand ein Aufmarsch der jüdischen Frontsoldatenverbände unter Vorantritt der offiziellen Vertreter und Fahnenkompagnie auf dem Ehrenfriedhof statt. Walter Callmann gedachte aller Gefallenen, welche auf den Schlachtfeldern und hier in der Heimat begraben liegen. Mit einem Radisch-Gebet und dem gemeinsamen Gesang: „Ich halt' einen Kameraden“ schloß die Feier.

Der Zoo hatte gestern durch seinen billigen Sonntag, vom schönen Wetter begünstigt, einen Massenbesuch aufzuweisen. Da für den Arbeiter das Eintrittsgeld immer die größte Rolle spielt, wählte er auch den billigen Sonntag, um die erotische Tierwelt zu besichtigen. Ähnlich wie in der Tierschau Hagenbeck wurde im Zoo eine Broschüre „Der billige Sonntag im Zoo“ vertrieben, die in Wort und Bild humoristisch ausgezogen ist. Ein Andenken für die Besucher und eine gute Werbung für das Unternehmen.

Die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen schreitet sehr langsam fort. Außer der Vorortstrecke nach Lichterfelde-Öst, die den elektrischen Betrieb schon vor dem Kriege hatte, sind bisher nur noch die vom Seltiner Bahnhof ausgehenden Vorortstrecken nach Bernau, Oranienburg und Tegel für elektrischen Betrieb eingerichtet worden. Am 21. Januar d. J. faßte die Stadtoverordnetenversammlung einen Beschluß, der Verbesserung des Verkehrswezens forderte und unter anderem auch auf die Notwendigkeit einer Beschleunigung der seit langem geplanten Elektrifizierung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen hinwies. Jetzt legt der Magistrat den Stadtoverordneten zur Kenntnisnahme eine Antwort vor, in der er zur Elektrifizierungsfrage sagt, er habe bereits seit mehreren Jahren bei der Reichsbahn-Gesellschaft darauf gedrungen, die Elektrifizierung durchzuführen. Beabsichtigt sei, jetzt die Stadt- und Ringbahn und die an die Stadtbahn unmittelbar anschließenden Strecken nach Potsdam, Spandau, Rausdorf, Erkner und Grünau für elektrischen Betrieb einzurichten. Die Kosten sind auf 143 Millionen Mark veranschlagt, der Beginn der Arbeiten ist günstigenfalls 1927 zu erwarten. Die Bauausführung wird etwa zwei Jahre erfordern. Die Elektrifizierung der Wanneseebahn sowie der Strecke nach Jossen und der Strecke nach Königswusterhausen, nach Rauen und Wustermark ist noch zurückgestellt worden.

Elternratswahl in der 310. Gemeindefschule, Mädchenschule, Dunkerstr. 64. Die Wahl vom 6. Juni ist für ungültig erklärt worden. Neuwahl ist angeordnet. Am Mittwoch, den 8. September, abends 8 Uhr, ist Elternversammlung in der Schule. Erscheinen aller Anhänger der Liste „Schulaufbau“ ist unbedingt erforderlich.

Die Berliner Jungkommunisten veranstalteten am gestrigen Sonntag im Schillerpark und auf dem Bülowplatz Kundgebungen, an die sich Strahrendemonstrationen anschlossen. Es wurden mehrere Ansprachen gehalten, die Trupps führten Transparente, Fahnen und Plakate mit sich. Auf den Plakaten forderten die Demonstranten Erwerbslosunterstützung, ausreichenden Lohn, sowie Biermehrenturlaub für Jugendliche. Die Beteiligung war nicht sonderlich stark.

Ein Postauto verunglückt.

21 Personen verletzt.

Ein schmeres Automobilunfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag auf der Landstraße zwischen Wuzen und Eilenburg. Infolge harter Reibbildung fuhr ein mit 35 Personen besetztes Postauto gegen einen Chausseebaum, stürzte die etwa 1 1/2 Meter hohe Straßeneinbaugrenze hinunter und ging in Flammen auf. Die Insassen des Omnibusses konnten sich durch die Fenster ins Freie retten. 21 Personen wurden durch herumliegende Glassplitter mehr oder weniger schwer verletzt; mehrere Fahrgäste erlitten Knochenbrüche.

Sieben Kinder durch Sand verschüttet.

In dem benachbarten Dorfe Uhringshausen bei Rassel ereignete sich am Sonntag ein furchtbarer Unglücksfall. Mittags spielten in einer oberhalb des Dorfes gelegenen Sandgrube sieben Kinder, als sich plötzlich eine unterhöhlte Sandbank löste und alle Kinder verschüttete. Augenzeugen des Vorfalls begannen sofort mit dem Ausgraben der Verschütteten. Zwei konnten aber nur als Leichen geborgen werden. Von den übrigen fünf waren zwei so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, drei andere kamen mit leichten Verletzungen davon. Eine Gerichtskommission begab sich sofort an die Unglücksstelle, um die Schuldfrage festzustellen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. 100. Kommunale Kommission. Sitzung heute abend 7 1/2 Uhr bei Prüßler, Engelstr. 28. Wie auf kommunalen Gebiete ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

